

# Basta!

Nr. 1 / Januar 2015

Basels starke Alternative

## Soziale Errungenschaften in Gefahr!

Die Schul- und Volkszahnklinik würden – wenn es nach dem Willen der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat ginge – in ein „Universitäres Zentrum für Zahnmedizin Basel“ (UZB) ausgelagert und damit in den Life-sciences-Bereich der Uni integriert. Dagegen hat ein breites Bündnis von Parteien und Gewerkschaften das Referendum ergriffen. Die beiden sozialen Institutionen haben eine grosse Bedeutung für die Bevölkerung, weil die Zahnarztkosten ein Teil der hohen Gesundheitskosten sind, welche wir aus dem eigenen Sack bezahlen müssen. Am 8. März stimmen wir ab: Nein zur Auslagerung der Schul- und Volkszahnklinik!



Die Auslagerung der öffentlichen Zahnkliniken wurde noch vom damaligen Regierungsrat Conti aufgegleist. Er begründete sie einmal mehr mit dem Wettbewerb, in welchem die Zahnkliniken nur als eigenständige Firma bestehen könnten.

### Welcher Wettbewerb?

Wir fragen uns, an welchen Wettbewerb Carlo Conti dachte. Die unentgeltlichen Zahnkontrollen an 14'500 Schulkindern, die Kariesprophylaxe, die Instruktion zur Zahnreinigung an den Kindergärten, die sozialen Leistungen der Volkszahnklinik wie z.B. die Behandlung von randständigen Menschen werden unseres Wissens auf keinem Markt angeboten. Die Schulzahnklinik und die Volkszahnklinik sind Errungenschaften des sozialen Basel. Werden sie aus dem öf-

fentlichen Dienst ausgelagert, dann ist es eine Frage der Zeit, bis ihre sozialen Leistungen abgebaut werden.

### Ausgerechnet Life sciences!

An der Uni würden die beiden sozialen Institutionen zusammengelegt mit der zahnmedizinischen Lehre und Forschung des Flaggschiffs Life sciences. Gerade die Life sciences werden zunehmend von der Wirtschaft über Drittmittel finanziert, die Basler Life-science-Giganten Roche und Novartis sponsern Professuren und haben handfeste Interessen. Es geht dort um ökonomisch verwertbare Forschung, um Wirtschaftswachstum und Profit, nicht um einen sozialen Auftrag gegenüber der Bevölkerung. Die sozial- und präventivmedizinischen Aufgaben der Schul- und Volkszahnklinik kämen im Bereich Life sciences unter die Räder der Profitlogik. In der Kommissionsberatung im Grossen Rat hat die linke Minderheit Ja gesagt zur räumlichen Zusammenlegung und zur Kooperation



der Zahnkliniken mit der Zahnmedizin der Uni. Da die baulichen Verhältnisse an allen drei Standorten veraltet sind, macht ein neues gemeinsames Dach Sinn. Dazu braucht es aber keine Auslagerung, die Zusammenarbeit kann vertraglich geregelt werden.

### Auslagerung ist Privatisierung

Im Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission droht die bürgerliche Kommissionsmehrheit, im Falle eines Neins zur Auslagerung „müsste politisch auch wieder darüber diskutiert werden, ob der Auftrag der sozialen Zahnmedizin auch ohne eigene Betriebe (z.B. durch privat praktizierende Zahnärzte) erfüllt werden könnte“. Die Auslagerungsverfechter lassen damit klar durchblicken, dass sie die soziale zahnmedizinische

Fortsetzung Seite 3

Mutationen an:  
Postfach 225, 4005 Basel

AZB  
4005 Basel

# Nein zur Initiative Energie- statt Mehrwertsteuer

Abstimmung 8. März

Es hört sich im ersten Moment sinnvoll an: Fossile und nukleare Energien sollen besteuert und mit den dadurch gewonnenen Einnahmen die – als nicht sehr sozial bekannte – Mehrwertsteuer abgeschafft werden. Die Energiewende würde zweifelsohne einen Schub bekommen. Die Initiative hat jedoch einen massiven Pferdefuss: Die Energiesteuer muss sehr hoch sein, um die Abschaffung der Mehrwertsteuer zu kompensieren, die heute 22 Milliarden Einnahmen bringt und einen Drittel der gesamten Steuereinnahmen beim Bund ausmacht. Die Energiesteuer würde innert weniger Jahre nach Annahme der Initiative 33 Rappen pro Kilowattstunde Primärenergie Strom, 3 Franken pro Liter Benzin und 3,3 Franken pro Liter Heizöl betragen und weiter steigen.



Die Grünliberalen sprechen von Eigenverantwortung und denken, dass durch Energiesparen und Energieeffizienz die finanziellen Auswirkungen auf die Haushalte reduziert

werden können. Insbesondere beim Heizen ist das aber leider kaum der Fall. Mieterinnen und Mieter können den Brennstoff bzw. die installierte Heizanlage nicht ändern und die Mietwohnung auch nicht selbst besser isolieren. Aufgrund des stark angespannten Wohnungsmarkts ist es für die meisten Betroffenen auch nicht möglich, in eine Wohnung mit besserer Gebäudeisolierung zu ziehen. Die Gebäudebesitzenden können hingegen weiterhin auf eine Sanierung verzichten, die Kosten für das Heizöl zahlen sie ja nicht selbst.

Die Energiesteuer belastet Personen

und Familien mit kleinen Einkommen noch stärker als die Mehrwertsteuer. Leben sie in einer mit Öl oder Gas geheizten Altbauwohnung, müssten sie bei einer Annahme der Initiative mit zusätzlichen Kosten von mehreren tausend Franken pro Jahr rechnen. Sind sie zusätzlich auf ein Auto angewiesen oder nutzen oft den Bus, ist die finanzielle Belastung nochmals höher. Bei hohen Einkommen beträgt die Energiesteuer hingegen weniger als die Mehrwertsteuer. Gutverdienende profitieren daher von einer Steuer senkung um mehrere tausend Franken. Die Energiesteuer ist also noch stärker regressiv als die Mehrwertsteuer und dadurch weitaus unsozialer. Zudem lässt die Initiative Ausnahmen für energieintensive Unternehmen zu, womit die grössten CO<sub>2</sub>-Schleudern von der Steuer befreit würden und ein noch grösserer Anteil der Kosten von Privatpersonen und insbesondere Mietenden getragen werden müsste.

Längerfristig schafft sich die Steuer zudem selber ab, da wegen der hohen Kosten der Verbrauch von nicht erneuerbarer Energie abnimmt, was ja auch dem Ziel der Steuer entspricht. Dadurch kann aber immer weniger und beim Erreichen der Energiewende gar nichts mehr besteuert werden. Die Grundlage für zwingend notwendige Staatsaufgaben fällt weg.

Mit der Ablehnung der Initiative ist die Idee einer ökologischen Steuerreform aber nicht vom Tisch. Der Bundesrat ist bereits daran, einen eigenen Vorschlag zu erarbeiten, der die sozialen Auswirkungen stärker berücksichtigt. Ein Nein zur Initiative der Grünliberalen ist somit kein generelles Nein zu einer Energie-Lenkungsabgabe. Es ist ein Nein zu einer Initiative, welche zu einer starken Mehrbelastung von tiefen Einkommen und Mietenden führen und eine weitere Umverteilung von unten nach oben bringen würde.

*Tonja Zürcher*

## NEIN zur Volksinitiative „Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen“

Die Stärkung von Familien ist ein wichtiges Anliegen von BastA! Kinder zu haben darf kein Armutsrisiko mehr sein. Die CVP, welche die Initiative 2012 lanciert hatte, argumentiert folgendermassen: „Es ist ungerecht und unverständlich, dass der Staat den Familien Geld verspricht, sich dann aber umgehend an den ausbezahlten Kinder- und Ausbildungszulagen bedient, indem er einen Teil dieses Geldes via Steuern wieder einkassiert. Das Geld ist dazu da, die erhebliche Kaufkraftminderung, welche Eltern mit Kindern erfahren, zu kompensieren und soll deshalb nicht besteuert werden.“ Klingt doch plausibel, oder? Bei genauerem Hinsehen wird aber deutlich, dass

1. einkommensstarke Haushalte von der Steuerbefreiung der Kinder- und Ausbildungszulagen am meisten profitieren würden, einkommensschwache hingegen kaum bis gar nicht. Schon heute zahlt rund die Hälfte aller Haushalte mit Kindern keine direkte Bundessteuer.

2. eine Annahme der Initiative jährliche Mindereinnahmen von rund einer Milliarde Franken für Bund, Kantone und Gemeinden zur Folge hätte, im Fall von Basel-Stadt 17 Mio. Wie diese Ausfälle kompensiert werden sollen, darüber sagt die Initiative nichts aus. Kompensationen könnten z.B. durch die Senkung

der Krankenkassenprämienverbilligung oder die Erhöhung von Schulgeldern erzielt werden, was wiederum Familien mit Kindern treffen würde.

3. mit immer mehr Steuerbefreiungen der Grundsatz der Steuergerechtigkeit in Frage gestellt und der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet würden. Leider wurde die Motion von Paul Rechsteiner, die eine moderate Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen vorsah, Mitte 2014 abgelehnt. Mit dieser hätte die von der CVP beabsichtigte Kaufkraftstärkung der Familien mit Kindern effektiv erreicht werden können.

Bundesrat und Parlament empfehlen, die Initiative abzulehnen. BastA! schliesst sich dieser Empfehlung an.

*Karin Haeberti*

# Ja zu einer Wohnstiftung auch in Basel

Abstimmung 8. März

Zürich wird in Wohnfragen immer als positives Paradebeispiel genannt: Förderung von Wohngenossenschaften, städtischer Wohnraum mit Mietzinsen, die dem Kostenmodell folgen, Objekthilfe und mehrere öffentlich-rechtliche Wohnstiftungen für Jung und Alt. Die PWG (Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich) hat für die Juso-Initiative „Wohnen für alle“ Modell gestanden.



Die Zürcher Stiftung, die in den 90er Jahren gegründet wurde, startete mit 50 Millionen Franken. Heute beträgt das Kapital der Stiftung rund 500 Millionen.

Die PWG ist in Zürich zu einem wichtigen Akteur geworden und ist auf dem Wohnungsmarkt sehr aktiv, kauft Liegenschaften auf und bietet Wohnungen und Gewerberäume zu Preisen an, die deutlich unter den Marktmietzinsen liegen. Die PWG besitzt 130 Liegenschaften mit insgesamt 1'522 Wohnungen und 276 Gewerberäumen. Mit 50 Mio. Franken soll auch die nun zur Abstimmung stehende Basler Stiftung dotiert werden.

Die Initiative sieht auch eine soziale Nachlassplanung vor. Diese erachte ich als sehr wichtig. In meinem Berufsleben erlebe ich oft, wie Liegenschaften von ihren Eigentümern, die in die Jahre gekommen sind, an die falschen Personen verkauft wurden. Sie hatten meistens den Glauben, dass sich die künftigen Eigentümer in ähnlicher Weise um die Mieterinnen und Mieter kümmern würden. Sehr oft werden sie aber über den Tisch

gezogen: Allen bisherigen Mieterinnen und Mietern wird aufgrund einer Sanierung oder einer Umwandlung in Stockwerkeigentum gekündigt. Oder die Mietzinse steigen massiv. Die Gründung einer Stiftung würde solchen Machenschaften Einhalt gebieten. Sie könnte dazu dienen, bestehenden günstigen Wohnraum zu erhalten und damit gegen die Spekulation anzukämpfen.

Der Regierungsrat hat ursprünglich einen Gegenvorschlag zur unformulierten (aber doch sehr detaillierten) Initiative präsentiert, das Dotationskapital hätte lediglich 20 Mio. Franken betragen. Gewerberäume wären keine vorgesehen gewesen. Die Bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates hat jedoch den Gegenvorschlag abgelehnt, und empfiehlt ein Nein zur Initiative.

BastA! unterstützt die Initiative aktiv. Klar ist uns

aber auch, dass die Basler Wohnpolitik ein grosses Puzzle ist. Obwohl diese Wohnstiftung in die richtige Richtung zielt, ist sie lediglich ein Puzzleteil: All-eine reicht sie nicht gegen einen auch in Basel überhitzten Wohnungsmarkt. Die städtischen Liegenschaften werden, wenn wir wieder den Blick nach Zürich wenden, nicht nach dem Kostenprinzip vermietet, und Objekthilfe ist leider zu einem Fremdwort verkommen. Wir von BastA! bleiben dran!

Patrizia Bernasconi



Stadtsparziergang am 1. Februar von der Wasserstrasse zum besetzten Haus an der Schwarzwaldallee. Foto: Tonja Zürcher

## Zahnmedizin (Fortsetzung)

Versorgung als Service public abschaffen wollen. Im UZB-Gesetz steht denn auch in § 3, das UZB könne Kooperationen eingehen, Unternehmen gründen oder sich an Unternehmen beteiligen. Dazu braucht es lediglich die Zustimmung des Regierungsrates. Auch die Oberaufsicht und die Wahl des Verwaltungsrates liegen laut Gesetz nicht beim Grossen Rat, sondern bei der Regierung. Die Rechnung des UZB würde dem Grossen Rat nur noch „zur Kenntnis gebracht“. Der Grosse

Rat könnte lediglich noch die Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen beschliessen. Die Auslagerung ist nicht nur der erste Schritt zur Privatisierung, sondern ist faktisch bereits die Privatisierung.

### Arbeitsbedingungen: Auslagerungsbefürworter schummeln

Bei jeder Auslagerung wurde den Angestellten versprochen: Es bleibt alles gleich. Es blieb nie alles gleich. Beim UZB versteigen sich die Auslagerungsbefürworter auf ihrer Homepage sogar zu

behaupten, „Die Anstellungsbedingungen entsprechen denjenigen des Kantons, was für die Mitarbeitenden der Universität insgesamt eine Besserstellung bedeutet“. Das ist massiv geschummelt! Das kantonale Lohn- und Personalgesetz gilt nur während einer Übergangsfrist von vier Jahren. Die Verordnungen zu den Gesetzen würden nicht mehr gelten, Deregulierung wäre ab sofort möglich. Auch deshalb ist diese Vorlage unbedingt abzulehnen.

Marianne Meyer, Gewerkschaftssekretärin  
upodregionbasel

Die unsägliche Medienkampagne der Basler Zeitung gegen Sibel Arslan hat uns bewegt, Guy Krneta zu bitten, für unser Bulletin die Basler Medienlandschaft unter die Lupe zu nehmen. Guy Krneta ist Autor und einer der Kulturschaffenden hinter der Aktion „Rettet-Basel“. Hier sein Bericht.

Es wäre eine Probe aufs Exempel: Bas-tA! druckt sein Bulletin einige tausend Mal mehr und stellt die überzähligen Exemplare Spitälern und Beizen der Region gratis zur Verfügung. Noch ergiebiger wäre die Aktion, wenn Spitäler und Beizen zuvor kontaktiert würden, mit der Frage, ob die tausenden von Exemplaren geliefert werden könnten und ob sie auch tatsächlich ausgelegt und verteilt würden. Dann könnte man sich die Kosten für den zusätzlichen Druck wohl sparen.

Denn die Antworten fielen durchs Band weg so oder ähnlich aus: „...wir sind parteipolitisch neutral ...das Auslegen einer Parteizeitung würde bedeuten, dass wir auch andere Parteien berücksichtigen müssten ...wir haben Patientinnen und Kunden aus dem ganzen politischen Spektrum“. – „Wieso“, wäre die Gegenfrage, „legen Sie dann die von Christoph Blocher finanzierte *Basler Zeitung* im Spital und in der Beiz auf?“

Der Vergleich hinkt ein bisschen, die *Basler Zeitung* ist keine Parteizeitung. Das wurde spätestens beim Podium nach der Filmpremiere „Die Übernahme“ von Edgar Hagen am 17. Januar im kult.kino atelier klar. Sebastian Frehner schilderte glaubhaft, wie er von Blochers versteckter Zeitungsübernahme überumpelt wurde. Und dass die Zeitung nach wie vor ein recht unberechenbarer Partner für die Basler SVP ist. Die *Basler Zeitung* ist eine Blocherzeitung, und Blochers Medien sind nicht zuletzt ein Misstrauensvotum gegen die eigene Partei. Wenn der Herrliberger ein Thema lancieren will, schickt er Roger Köppel und Markus Somm vor. Und die Parteiverantwortlichen vollziehen dann in aller Öffentlichkeit ihre Pirouetten.

Beim Podium eine Woche später im kult.kino atelier wiederholte Joël Thüring Blochers Mantra, die *Basler Zeitung* schreibe „jetzt wieder schwarze Zahlen“. Ob die Aussage richtig ist oder nicht, lässt sich kaum überprüfen. Festzuhalten ist jedoch, dass die Zeitung auch vor ihrer Übernahme schwarze Zahlen schrieb. Das Unternehmen *Basler Zeitung Medien* wurde von einem diversifikationsgläubigen Verwaltungsrat und einer überdimensionierten Druckerei in den Abgrund gerissen. Wenn die Zeitung selber nun zusammengeschrumpft wurde, hat sie damit allenfalls die massiven

Verluste wettgemacht, die erst durch Somms redaktionellen Kurs entstanden sind. Blocher seinerseits bürgt für sämtliche Schulden in der Höhe von mehr als 200 Mio. Franken und hat als einzigen Realwert die beiden Liegenschaften übernommen. Von wirtschaftlicher Logik kann da kaum die Rede sein.

Doch Blocher wird die *Basler Zeitung* nicht mehr hergeben. Sie ist für ihn ein Hebel in der Kooperation mit Tamedia (*Newsnet*, Druckerei) und SRF (*BaZ-Standpunkte*) sowie ein Pfund in den Verhandlungen mit der NZZ (mögliche Zusammenarbeit mit *St. Galler Tagblatt* und *Neue Luzerner Zeitung*). Die Region Basel hat sich damit abzufinden, weiterhin ein Medium auf dem Platz zu haben, das systematisch Scheinskandale inszeniert, politischen Kampagnenjournalismus betreibt und die Interessen der Allerreichsten vertritt.

Obwohl die Basler Bevölkerung auf vielfältige und zum Teil kluge und gewitzte Weise auf die Übernahme reagiert hat (Aktionen, massive Abo-Kündigungen, Fluten von Leserbriefen, Beschwerden an den Presserat), gibt es keinen Konsens darüber, wie mit einer Blocherzeitung im Alltag zu verfahren ist. Viele Bürgerliche scheuen die Konfrontation und halten sich mit Kritik zurück, auch

wenn sie den primitiven Stil von einigen BaZ-Journis entschieden ablehnen. Und auch Linke sind sich uneins darüber, ob sie die BaZ als rechtslastige Boulevardzeitung akzeptieren wollen und sogar für sich meinen nutzen zu können oder ob sie das ideologische Projekt anprangern und sich ihm konsequent verweigern.

Die jüngste Kampagne gegen Sibel Arslan zeigt, wie hilflos und wenig gewappnet die Basler Öffentlichkeit dem politischen Kampffjournalismus nach wie vor gegenüber steht. Es dauerte mehr als eine Woche, bis in der *Tageswoche* und der *bz Basel* Berichte erschienen, welche die von der BaZ behauptete Faktenlage in sich zusammenbrechen liessen. Doch der Mist war da bereits geführt.

Die erste und wichtigste Reaktion gegenüber einem Medienopfer ist die Solidarisierung, sagt der Psychiater und Autor Mario Gmür im genannten Film „Die Übernahme“. Was Solidarisierung konkret bedeutet, wie sie sich äussert und zu welchen Massnahmen sie greifen kann,

wäre zu klären. Falschen Fakten kann eigentlich recht zügig widersprochen werden, wenn jemand im richtigen Moment reagiert und es den geeigneten Ort für die Gegendarstellung gibt. Unklug ist es auf jeden Fall, innerhalb der BaZ zu reagieren, die die eigene Faktenverzerrung dann noch als Anlass zur *Debatte* feiert.

Auch wenn sich die Mediensituation seit dem Entstehen der *Tageswoche* und dem Ausbau der *bz* deutlich verbessert hat, ist es an der Zivilgesellschaft Haltung zu zeigen und dem Blocherjournalismus im demokratischen Prozess Paroli zu bieten.

Guy Krneta

„Rettet-Basel“ produzierte auch den Film „Die Übernahme“ von Edgar Hagen. Der Film ist mittlerweile als DVD erhältlich und wird nächstens in Bern, Luzern, Zürich und St. Gallen gezeigt.  
Weitere Infos unter:  
[www.rettet-basel.ch](http://www.rettet-basel.ch)  
[www.dieuebernahme.ch](http://www.dieuebernahme.ch)

## Die erste und wichtigste Reaktion gegenüber einem Medienopfer ist die Solidarisierung



Ende November zeichnete sich ab, dass die bürgerliche Mehrheit in einer Guerilla-Aktion das Budget 2015, welches mit einem Defizit von 31 Millionen Franken rechnete, zurückweisen will. Links-Grün wehrte sich vehement gegen die von der Mehrheit der Finanzkommission beantragte Rückweisung. So bezeichnete BastA!-Grossrätin Patrizia Bernasconi in der Budgetdebatte den Antrag als unverhältnismässig und die Argumentation der Bürgerlichen als Panikmache. Doch mit einem hauchdünnen Vorsprung von einer Stimme obsiegten die Bürgerlichen und brachten in der Budgetdebatte den Rückweisungsantrag durch.



Keine zwei Tage nach der Rückweisung des Budgets kamen erste Hiobsbotschaften: So wurde zum Beispiel das allseits beliebte Café Bâalance – ein Angebot für SeniorInnen, bei dem sie Rhythmiklektionen zur Sturzprophylaxe besuchen und sich im Anschluss danach mit den anderen SeniorInnen zu einem gemütlichen Schwatz bei einem Kaffee treffen können – ab Januar sistiert. Ebenfalls abgesagt wurden Suchtprophylaxe-Interventionen an den WBS-Standorten. Insbesondere die Sistierung des Café Bâalance hatte empörte Reaktionen zur Folge, zahlreiche SeniorInnen trugen ihren Unmut an die Öffentlichkeit und zeigten sich kampfeslustig. Der dafür zuständige Vorsteher des Gesundheitsdepartementes versuchte die Gemüter zu beschwichtigen, indem er betonte, dass das Café Bâalance nicht

grundsätzlich in Frage gestellt, sondern weiter geführt werde, sobald das Budget 2015 genehmigt sei. Regierungsrat Engelberger argumentierte, dass sich die Verwaltung bis zum rechtskräftigen Erlass des überarbeiteten Budgets 2015 auf sogenannten „unerlässliche Ausgaben“ einschränken müsse. Da der Rhythmikvertrag für die Kurse des Café Bâalance nur jeweils für ein Semester abgeschlossen wird und bei der Rückweisung des Budgets durch den Grossen Rat noch nicht erneuert worden war, mussten die Kurse im Januar 2015 vorerst gestoppt werden.

Abgesehen von der enorm kurzfristigen Vertragserneuerung für die Rhythmikkurse hat das Gesundheitsdepartement wohl korrekt gehandelt und lieferte damit ein ideales Beispiel für die destruktiven Auswirkungen, die die Rückweisung des Budgets im konkreten Alltag zeigen kann. Inzwischen wurde für das Café Bâalance eine Lösung gefunden, indem der neue Vertrag mit dem Rhythmikverein unter Vorbehalt abgeschlos-

sen wurde. Das Café Bâalance kann also nach einem kurzen Unterbruch wieder stattfinden. Doch trotz diesem guten Ende haben die Betroffenen das üble Spiel mit der Budgetrückweisung durchschaut. So zogen die Seniorinnen aus dem Kleinhünigerquartier in einem Brief an mich u.a. folgendes Fazit aus dieser Geschichte: „Spar-Aktionen treffen jeweils die Schwächsten, die sich nicht selber wehren können. Hinter solchen Aktionen stehen stets finanzstarke Kräfte, die weniger Steuern an den Staat zahlen wollen.“ Und weiter: „Bei den nächsten Wahlen haben wir uns von den bürgerlichen Lockvögeln („Mehr Freiheit, weniger Staat“) und deren Spar-Appellen („Weniger Steuern zahlen“) zu hüten.“

Das Ganze könnte sich also durchaus als Retourkutsche für die Bürgerlichen erweisen. Die Budgetdebatte zeigte jedenfalls deutlich, dass die Budgetrückweisung reine Zwängerei war. Argumente für den Rückweisungsantrag gab es ausser der mantra-mässigen Wiederholung, dass Massnahmen nötig wären, um ein ausgeglichenes Budget 2015 vorzulegen, keine.

Die von den Bürgerlichen seit langem angestrebte „Politik der leeren Kassen“ – ein neoliberales Modell bei dem die Staatsfinanzen mittels Steuersenkungen für Unternehmen und Vermögende geschwächt und im Anschluss daran Sparpakete mit massivem Abbau des Service public angeordnet werden, gefolgt von weiteren Steuersenkungen, weiteren Abbaumassnahmen usw. kommt in Basel nicht so richtig in Gang. Vorsichtige Budgetierung, massvolle Ausgabensteigerungen, ein Steuerpaket, das Finanzschwache und Familien berücksichtigt, aber auch für Gutverdienende, Vermögende und Unternehmen durchaus attraktiv ist, so lauten die Eckwerte der Finanzpolitik der letzten Jahre. Da muss dann halt ein budgetiertes Defizit von 31 Millionen (ein „Klacks“, wenn man an die bis zu 10 mal höheren Defizite zu Zeiten des liberalen Finanzdirektors Ueli Vischer zurückdenkt) als Argument dienen,

um sofortige Sparmassnahmen zu fordern. Dass das budgetierte Defizit sich in der Zeit zwischen der Erstellung des Budgets und der Budgetdebatte in eine schwarze Null verwandelt hat, interessierte die bürgerlichen Sparapostel nicht, denn es passte nicht in ihr Konzept. Hauptsache es werden Sparmassnahmen beschlossen und es wird damit der nach den Worten der Bürgerlichen so ausufernde Staatsapparat beschnitten. Das ist ein Schritt in die von den Bürgerlichen gewünschte Richtung.

Die Seniorinnen aus Kleinhünigen haben dieses Spiel durchschaut, sie sind nicht die Einzigen!

Heidi Mück

## Die Budgetdebatte zeigte deutlich, dass die Budgetrückweisung reine Zwängerei war.

### Kurznachrichten

Verantwortlich: Martin Flückiger

#### Ablasshändler

Die Crédit Suisse konnte den Steuerstreit mit den USA Dank einem Schuldeingeständnis und der Bezahlung von 2.6 Milliarden US-Dollar beilegen. Historiker werten diesen Deal als gewaltigen Rückschritt. Im Mittelalter habe für einen Ablass noch der Kauf eines Heiligenbildchens gereicht.

#### Heiratsunwillige

Die Zweckheirat zwischen der alten Tante NZZ und dem Chefredaktor der Basler Zeitung, Markus Somm, ist geplatzt. Christoph Blocher, der die Heirat arrangiert hatte, hat offensichtlich nicht damit gerechnet, dass bei der NZZ noch Journalistinnen und Journalisten arbeiten, die ihren Beruf nicht als politische Prostitution verstehen.

#### Patrioten

Pegida Schweiz möchte auch hierzulande Massendemonstrationen organisieren. Wissenschaftler erhoffen sich dadurch Aufschluss darüber, wie viele „Patriotische Europäer“ es in der Schweiz tatsächlich gibt.

# Neoliberale Weltlandwirtschafts-politik, Marke Schwarzwaldallee

Seit der Bekanntgabe des Abbaus von 1800 Stellen, davon 500 in Basel, ist es still geworden um den angekündigten Auftritt von Syngenta als Hauptsponsor von Basel an der Weltausstellung 2015 in Mailand. Für die MultiWatch Regionalgruppe Basel ist das kein Grund, auf die geplante Kampagne zu verzichten. Am 24. und 25. April 2015 organisiert sie eine Gegenveranstaltung zur Agromulti-Show in Mailand.

Die Public Relations-Verantwortlichen im Agromulti und im Basler Stadtpräsidialamt haben wohl weise erkannt, dass ein allzu offener Auftritt von Syngenta in Mailand und in Basel bloss zusätzlichen Protest auslösen würde. Die von Guy Morin in der Antwort auf den Anzug von Urs Müller angekündigten öffentlichen Veranstaltungen an der Universität sind bisher im Veranstaltungskalender der Uni nicht aufgetaucht und finden wohl kaum noch statt. Das Rektorat der Uni hat den Studenten versprochen, dass Syngenta keinen Einfluss nehme und die Schulreise von Uni-Professoren an die Expo von Ende Mai 2015 von der Uni selbst bezahlt würde. Auch während der Basler Woche an der EXPO in Mailand selbst scheint der Sponsor Syngenta sich zurückzuhalten.

Anfangs Dezember 2014 durfte MultiWatch anlässlich der NGO OSZE Parallelkonferenz in Basel den Delegierten der Menschenrechtsorganisationen darlegen, wie Syngenta im Globalen Süden Menschenrechte und die Rechte der Kleinbauern und indigenen Völker verletzt. Seither ist ein neuer Skandal um Syngenta bekannt geworden. Im Dokumentarfilm „Seeds of Debt“ hat der Dänische Filmer Jans Pedersen dokumentiert, wie Syngenta-Angestellte in Indien kleinen Maisbauern Kredite mit Zinsraten von 50-100% gewähren, um Syngenta Saatgut und Pestizide zu verkaufen. Shylock lässt grüssen!

Syngenta, so die Erkenntnisse unserer Basler Regionalgruppe, ist nicht einfach ein „normaler“ Schweizer Multi mit den ganz normalen Problemen mit den Menschenrechten im Globalen Süden. Syngenta und die Agromultis gehören zu den bestvernetzten Lobbying-Weltmeistern. Syngenta macht von seinem Hauptsitz in Basel aus Politik in einem Konglomerat von Weltbank, neoliberalen Wohltätigkeits-Stiftungen wie der „Melinda und Bill Gates Stiftung“, von Multis bezahlten Forschungsinstitutionen und neoliberalen ideologischen Think Tanks wie dem von Stephan Schmidheiny gegründeten „World Business Council for Sustainable Development“. Der Name: Grüner Kapitalismus. Das Ziel: Die Er-

schliessung Afrikas als Markt für gentechnisch verändertes Saatgut und Pestizide.

Die Bauernbewegung „La Via Campesina“ hat Syngenta längst als wichtigen Akteur der neoliberalen Weltverschönerung überführt. Was in Basel noch immer verdrängt wird, ist in Südasiens längst bekannt. Der Basler Regierungsrat mag Verständnis für die Probleme des Multis haben. Die Bauernbewegungen in Bangladesh haben kein solches Verständnis.

Im November 2014 zog die Südasiatische Klima-Karawane durch Bangladesh, Indien und Nepal. Sie richtete sich gegen die Multis, die aus der Klimakatastrophe ein Geschäft machen. Mit industriellen und Markt-basierten landwirtschaftlichen Methoden, Pestiziden und Dünger würden die Produktionskosten und Schulden der Kleinbauern in die Höhe getrieben, bis sie gezwungen würden, ihr Land zu verlassen. Auf diese Weise, so die Karawane, profitierten die Multis und wohlhabende Eliten vom Elend der Klimakatastrophe, die sie selbst verschuldet haben. In einer Resolution gegen das UNO RED++ Programm wandten sich die an der Karawane beteiligten Bauern- und Entwicklungsorganisationen gegen die Projekte von Welt-

bank und Syngenta in Kenia. Die Weltbank und Syngenta würden mit CO2 Guthaben die Kenianischen Bauern motivieren, ihre lokalen Saatgutsorten aufzugeben und stattdessen auf Hybrid-Sorten von Syngenta umzustellen.

Auch wenn Syngenta sich an der Weltausstellung in Mailand voraussichtlich vornehm zurückhalten wird: der Hauptsponsor des Basler Auftritts in Mailand ist einer der Drahtzieher des „Grünen Kapitalismus“, der Afrika ein zweites Mal kolonisieren will.

MultiWatch, eine Koalition von Gewerkschaften, Hilfsorganisationen, Drittwelt-Organisationen und linken Parteien, wird in den nächsten Monaten eine Kampagne zu Syngenta und zur Weltausstellung führen. Am 24. und 25. April planen wir an der Universität eine Art Gegenkongress zur Weltausstellung in Mailand unter dem Titel „Feeding the World: Agromultis als Weltenretter“. Reserviert Euch den Termin!

MultiWatch gibt es seit 2005. Unsere Organisation ist v.a. in Bern verankert. Erst seit 2014 gibt es eine Basler Regionalgruppe. Wir freuen uns auf eine aktive Mitarbeit: [basel@multiwatch.ch](mailto:basel@multiwatch.ch).

Ueli Gähler

Mehr Infos unter [www.multiwatch.ch](http://www.multiwatch.ch)



# Tram 8: Antischengen-Grenztram und Friedensprojekt

Essay

**Der neue Achter konterkariert Schengen und demokratisiert den Alltag in der Region. Er ist eine Art Friedensprojekt im Miniformat.**



Der Achter ist am 14.12.2014 zur ersten Tramlinie, welche über eine europäische Landesgrenze führt, geworden, seit es die Europäische Union gibt. Womöglich ist

er das weltweit erste landesgrenzübergreifende Tram überhaupt.

Mit dem Achter definieren sich Landesgrenzen in ganz Europa neu. Grenzübertreter nähern sich dank dem Tram dem an, was einer modernen Zivilgesellschaft würdig sein müsste: eine Selbstverständlichkeit ohne Beargwöhnung durch allmächtig scheinende Grenzbedienstete, ohne deren institutionalisiertes Misstrauen und ohne deren willkürlich wirkende Kontrollen.

## Kontrollpflicht versus Fahrplanpflicht

Der Fahrplanwechsel brachte an der Landesgrenze zu Friedlingen einen Systemwechsel weg von den Linienbussen und hin zu Tram 8. Die Karten im Konflikt zwischen Kontrollpflicht und Fahrplanpflicht wurden dadurch neu verteilt.

Zu Zeiten der Linienbusse fiel dieses ewige Duell zugunsten der SicherheitspolitikerInnen und zulasten der Fahrgäste aus. Linienbusse wurden von vorn bis hinten grenzkontrolltechnisch «durchkämmt». Ein farbiges Gesicht hinter einer Fensterscheibe genügte als Anlass für eine Personenkontrolle. Verspätungen und Kursausfälle nahm man billigend in Kauf.

Ein Trambetrieb jedoch verlangt mehr Verbindlichkeit. Geleise und Oberleitung geben die Richtung vor. Tramlinien lassen sich nur schwer umleiten, und Kursausfälle zeitigen rasch grosse Auswirkung, denn das Tram bedient in der Regel die grossen Durchmesserlinien und trägt so die Hauptlast des öffentlichen Transports. Die unwirschen Reaktionen empfindlicher NeubädlerInnen

auf Unregelmässigkeiten ihres gewohnten Achters (er bleibt wegen undisziplinierter Autolenkelinnen in Weil stecken) belegen es.

## Kapitalistisches System Tram

Hinzu kommt, dass ein Trambetrieb aus bürgerlicher Optik möglichst produktiv sein muss, um seine als hoch erkannten Kosten einzuspielen und um volkswirtschaftlich zu rentieren. Das war schon in den Anfängen des Systems Tram so. Bereits im Chicago der 1880er-Jahre hatte der Börsenspekulant und Grosskapitalist Charles Tyson Yerkes als Privatinvestor eines der ersten Tramnetze finanziert und dank der zum Pendeln gezwungenen Arbeiterschaft Millionen geschafft.

Soll also das Tram volkswirtschaftlich sein, so muss es rollen. Stillstand kostet Geld. Rollen bringt es ein. Oder in den Worten des Grosskapitalisten Yerkes: «Die Passagiere, die an den Haltegriffen hängen, bringen die Dividenden.»

\*

## Mit dem Achter gegen Ausgrenzung

Dem Ziel «offener Grenzen» hilft also indirekt, dass Grenzkontrollen nicht produktiv und daher im Massengeschäft

hinderlich sind. Eine Fahrt mit dem Achter tut etwas gegen nationalstaatliches Denken, gegen Ausgrenzung und gegen Überwachung. Es ist das Gegenteil dessen, was Schengen mit seinem Überwachungsregime Europa beschert hat.

Ironischerweise gäbe es das Grenztram ohne Schengen wohl nicht. Seit 2008 beteiligt sich der Nicht-EU-Staat Schweiz an Schengen. Ohne Schengen hätte jeder Fahrgast in jedem Achtertram an der Grenze lückenlos kontrolliert werden müssen. Mit Schengen sind Personenkontrollen ohne Verdacht untersagt.

Davon hätten theoretisch auch die Busfahrgäste an der EU-Aussengrenze Weil-Friedlingen profitieren müssen. Doch ihr Zollvorbehalt öffnete der offiziellen Schweiz einen Weg, um ungeliebte Reisende weiterhin per «visueller Gesamtkontrolle» anzuhalten.

Tram 8 räumt damit im normalen Grenz-Alltag faktisch auf. Intensivierte Personenkontrollen verbieten sich beim dichten 7-/15-Minuten-Fahrplankontakt aus rein logistischen Gründen. Nicht anders dürfte es mit «fliegenden Kontrollen» sein, welche Schengen in einem 30-Kilometer-Korridor erlaubt. Denn ein Tramnetz mit seiner staccato-artig dichten Abfolge an Haltestellen ist als Kontroll- und Fahndungsinstrument mindestens so ungeeignet wie der Schlagbaum selbst es ist.

## Der Achter ist ein Friedensprojekt

Der Achter ist so gesehen keineswegs nur Shopping- und Pendlertram. Er führt nachhaltig Menschen beidseits der Grenzen zusammen. Er schafft faktisch Verhältnisse, wie sie bei der Überquerung von Kantons-, Stadt- und Gemeindegrenzen längst üblich sind. Entgegen dem Schengen-Standard behandelt das Tram Schweizer und EU-Staatsangehörige gleich wie die gern und diskriminierend «Drittstaatler» genannten Nicht-EU-Staatsangehörigen. Es baut punktuell Nationalismus ab und schafft ein Stück Demokratie.

So ist der Achter aus unserer Sicht ein Antischengen-Grenztram und ein Anti-SVP-Tram zugleich. Seinen Ehrentitel als Friedensprojekt im Miniformat hat er sich daher redlich verdient.



Beat Leuthardt

Im Jahr 2014 gab es in Europa zahlreiche Gedenkveranstaltungen zum Krieg, den wir heute den 1. Weltkrieg nennen. PolitikerInnen traten auf, schüttelten Hände, schauten ernst in die Kameras und gingen darauf wohl zu einem 5-Gang Diner. Ernsthafte ging der französische Fotograf Depardon die Erinnerungsarbeit an: Er dokumentierte die Gedenkstätten, die fast in jedem Dorf in Frankreich zu finden sind. Es sollen über 40'000 sein. Einige Bilder wurden stellvertretend in Arles während den „Rencontres de la photographie“ ausgestellt. Aber was machen wir mit den „aktiven“ Kriegen, für die die Denkmäler noch nicht gebaut sind?



An einer Veranstaltung während der OSZE Konferenz in Basel wollte BastA! ergründen, warum es zur Zeit keine Friedensbewegung gibt. Antworten auf die gestellte Frage

gab es kaum. Ich versuche hier einige Gedanken zu formulieren, die mich als Antimilitaristen heute beschäftigen. Die sogenannten Weltkriege wurden noch ganz formell und auf diplomatischer Ebene erklärt. Armeen sollten sich „nach Reglement“ bekämpfen, töteten und ermordeten aber schon im letzten Jahrhundert deutlich mehr Zivilisten als Soldaten.



Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.



Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.



Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. \_\_\_\_\_.-

(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).



Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.-)

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telephon/Fax: \_\_\_\_\_

Die heutigen Kriege nennt man asymmetrisch und meint damit aus westlicher Sicht, dass sich die bekämpften Kräfte nicht an die „Regeln“ halten würden. Wurden in Vietnam, Afrika und Zentralamerika die aufständischen Bewegungen noch als „Partisanen“ oder „Guerilla-Armee“ oder sogar als „Befreiungs-Bewegung“ bezeichnet, so wird heute aus Sicht des Westens fast alles unter dem Begriff „Terror“ zusammen gefasst. „Krieg gegen den Terror“, „Terror-Miliz“ sind die häufig benutzten Begriffe. Dabei wurden in allen Ländern, die heute in kriegerischen Auseinandersetzungen untergehen, vom Westen jahrzehntelang despotische Diktatur-Regimes gestützt und mit Waffen beliefert. Die Petrodollars und das Öl flossen. Schon lange waren dort die Machtverhältnisse „asymmetrisch“. Und erst recht „asymmetrisch“ sind die Mittel, die von den USA und der Nato bei ihren Interventionen eingesetzt wurden und werden. Für den Krieg gegen Afghanistan wurde schon mehr Geld ausgegeben, als die EU jetzt für die Stützung des Euros bereitstellt.

Und auch Folter, Lynch-Justiz mittels Sonderkommandos und Drohnenangriffen entsprechen keinen internationalen Konventionen, sind also „asymmetrisch“. Auch wurden tausende von Söldnern eingesetzt, die quasi in einem kriegsrechtfreien Raum agierten.

Auch wenn es uns nicht gefällt, so verstehen sich die diversen Bewegungen im arabischen Raum wohl selbst als „Befreiungsbewegungen“. Dabei hat sich aus linker Perspektive eines stark verändert: Diese „Bewegungen“ beziehen sich nicht mehr auf westliche Philosophie und linke politische Theorien: kein Marx, kein Lenin, kein Che! Keine sozialrevolutionären Utopien, auch kein Bezug auf Menschenrechte und Gleichberechtigung. Dafür Bezug auf religiöse Kategorien, die wir kaum verstehen und einordnen können.

Der politische Islamismus bedroht mit seiner Ausrichtung unsere politischen Ideale. Das Mordattentat auf die

Redaktion von CHARLIE HEBDO zeigt, dass diese Bewegungen radikal mit allen westlichen politischen Kräften gebrochen haben. Eine Friedensbewegung würde aber irgendwo „Verbündete“ oder mindestens „Hoffnungsträger“ brauchen. Und falls keine positive Verbindung besteht, muss wenigstens ein Konsens darüber bestehen, wer den Teil des „Bösen“ innehat. Was im Nahen Osten und auch in der Ukraine vor sich geht, können wir aber mit unseren politischen Ideen und Kenntnissen schlecht entschlüsseln. Doch auch hier gibt es einige selbstkritische Anmerkungen zu machen. Fast alle Länder im arabischen Raum sind Konstrukte westlicher Geopolitik: Es gab kaum ein autonomes „Nationbuilding“. Fremdbestimmung, Ausbeutung, Intervention, Demütigung ist eine politische Realität. Dafür ist Guantanamo das schrecklichste Beispiel. Und für alle Greuelthaten, die uns aus den Kriegsgebieten berichtet werden, finden wir auch in der Geschichte Europas und der USA entsprechende Beispiele. Das entschuldigt nichts, sollte uns aber etwas selbstkritischer werden lassen. In der Berichterstattung zu den diversen Kriegsschauplätzen dringt doch ein erheblicher Imperialismus durch. Dabei hat sich die westeuropäische Linke in den letzten fünfzig Jahren oft genug getäuscht in vermeintlich fortschrittlichen Verbündeten im arabischen Raum (allerdings auch andernorts).

Friedensbewegungen waren jeweils auch stark von Frauen geprägt. Bei den heutigen Konflikten ist aber die Rolle der Frau kaum ein Thema, auf jeden Fall nicht in einem emanzipatorischen Sinn. So fehlt auch dazu eine Perspektive, die in eine Friedensbewegung eingebracht werden könnte.

Auch dieses Jahr wird es wieder Gedenkveranstaltungen zu vergangenen Kriegen und den schrecklichen Verbrechen des letzten Jahrhunderts geben. 70 Jahre Befreiung von Auschwitz, 70 Jahre Kriegsende, 70 Jahre Atombombenabwürfe, 40 Jahre Ende des Vietnamkrieges.

*Richi Spillmann*

Bitte einsenden an:  
BastA!, Basels starke Alternative  
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel  
oder Fax 691 16 31

Impressum: Nr. 1/Januar 2015. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel. 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch, erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haerberli, Patrizia Bernasconi, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel